Industriellen Thyssen, Klöckner, Siemens usw. nicht dieselben Ausbeuter sind wie die schwarzweißroten Kapitalisten! Die proletarischen „Reichsbanner“-Mitglieder wollen die bürgerliche Republik vor der „monarchistischen Reaktion“ schützen — als ob die November-Demokratie etwas anderes ist als schwarzrotgelber Faschismus! Sie geloben feierlichst: „Deutsche Republik, wir schwören: letzter Tropfen Blut soll dir gehören“ — wo in dieser Republik, in der Demokratie des Massenelends zehntausende von Proletariern zum Verrecken verurteilt sind!

Kann angesichts dessen bei denkenden Proletariern überhaupt noch ein Zweifel über die konterrevolutionäre Rolle des „Reichsbanners“ bestehen? Die Bourgeoisie hat sich in der formalen Demokratie eine Klassenwaffe zur Niederhaltung der Arbeiterschaft geschaffen, sie läßt durch ihre uniformierten Garden aufständische Lohnsklaven wie räudige Hunde zusammenschießen, sie wirft durch ihre Klassenjustiz revolutionäre Proletarier auf Jahre und Jahrzehnte in die Kerker der „freiesten“ Republik, sie treibt auf ihrer Jagd nach Profiten Legionen von überflüssigen Arbeitern in den Hungertod — — Proletarier, die ihr noch das Abzeichen Schwarzrotgold tragt, fast euch an den Kopf, denkt nur mal fünf Minuten nach und erkennt: Ihr steht nicht in den Kampfreihen der klassenbewußten Arbeiterschaft, sondern in der Front der schwarzrotgelben Konterrevolution! Ihr treibt mit Fahnenparaden und Republikschutzrummel nicht proletarischen Klassenkampf, sondern spießbürgerliche Harlekinade! Und ihr seid von den schwarzrotgelben Kapitalsgruppen nicht nur dazu auserwählt, die Hakenkreuzler in Schach zu halten, sondern ihr sollt die „demokratische“ kapitalistische „Ordnung“ auch und in besonderem Maße gegen die revolutionären Arbeitermassen verteidigen, wenn sie ihre Sklavenketten zerbrechen wollen. Wer darum von den Arbeitermitgliedern der Hörsingtruppe nicht als Soldat der leibhaftigen Konterrevolution durch die Geschichte geschleift werden will, für den kann es nur heißen: Desertieren aus der kapitalistischen „Reichsbanner“-Front und sich einreihen in die proletarische Klassenfront, die kämpft unter den roten Bannern der **Allgemeinen Arbeiter-Union** und **Kommunistischen Arbeiter-Partei!**

Reichsbahndirektor Oeser †

Herr Rudolf Oeser, der frühere bürgerliche Revolutionär und demokratische Redakteur, ist gestorben. Die Proletarier, insbesondere die Eisenbahner haben ihn als einen der reaktionärsten Scharfmacher kennengelernt. Herr Oeser war gewissermaßen ein Produkt der Sozialdemokratie.

Oeser war Redakteur an der „Frankfurter Zeitung“. Die Zeitung war in der Vorkriegszeit die radikalste im bürgerlichen Blätterwald, ohne an eine Partei gebunden zu sein. Aber Herr Oeser war aktiv in seiner Partei. Daher kam es, daß gerade er, keineswegs eine Leuchte der „Frankfurter Zeitung“, ein Abgeordnetenmandat bekam. „Links“, rühriger Propagandist, hatte er viel Kontakt mit der Arbeiterschaft, grub nicht nur der Sozialdemokratie das Wasser ab, sondern humpelte mit sozialdemokratischen Krücken 1907 in den Reichstag, nachdem er schon 1902 mit Arbeiterstimmen in den Preußischen Landtag gewählt war.

Die Sozialdemokratie berief ihn am 25. März 1919 in das preußische Staatsministerium, wo er Minister der öffentlichen Arbeiten wurde. Am 13. August wurde Oeser wieder mit sozialdemokratischer Hilfe Reichsverkehrsminister und wurde am 27. September 1924 von Ebert zum Generaldirektor der neugegründeten Deutschen Reichsbahngesellschaft bestätigt.

Es ist selbstverständlich, daß Oeser von der Sozialdemokratie nur lanciert werden konnte, weil er das Vertrauen des Kapitals und der damals hinter der Sozialdemokratie stehenden Offizierskamarilla hatte. Wie die anderen Emporkömmlinge, ging sein ganzer Schneid gegen die Arbeiter. Beim Beamtenabbau hat es die gesamte Arbeiterpresse, auch die der Sozialdemokratie, hundertmal bestätigt, daß er den Abbau nach politischen Gesichtspunkten abwickelte; d. h. das reaktionäre Element blieb, wer irgend mal Charakter an den Tag gelegt hatte oder für proletarische Interessen eingetreten war, kam auf den Aussterbeetat. Beim Abbau der Arbeiter versteht es sich von selbst, daß Muckertum gezüchtet wurde und wer einmal das Maul aufgemacht hatte, der flog.

Wie die sozialdemokratischen Emporkömmlinge ist auch Oeser ein Lehrbeispiel für die Proletarier, daß alle Führer, die auf dem Rücken der Arbeiter emporklimmen, zum Klassenfeind übergehen müssen, solange das kapitalistische System bestehen bleibt.

Der Kampf um die Töpfe

Der große durchschlagende Erfolg der KPD.-Propaganda.

Cäcilie, eine der Frauen des Doorner Wilhelm ältesten Sohnes, die standesamtlich eingeschriebene, hatte aus Berlin einige Blumenvasen mitgenommen, die nicht ihr, sondern einem Museum gehörten. Um diese Töpfe war in der deutschen Presse ein Streit entfacht, der würdig wäre, einige Millionen Arbeitslose vom Hungertode zu erretten. Monatelang wurden in 3500 Zeitungen Seiten über Seiten vollgeschmiert, Artikel über Artikel gebracht, die rechten für Cäcilie, gegen die Töpfe, die „linken“ für die Töpfe gegen Cäcilie, eine „Volksbewegung“ war entfacht, die ihre Wogen vom Obdachlosenasyl bis in die Ministerien warf; in Mitglieder- und Volksversammlungen, in Körperschaften und Kommissionen wurden Redeschlachten geliefert, in Ansammlungen gab es verbeulte Köpfe und eingetriebene Hüte; es war zweifelhaft, ob heißer gefochten wurde, um die Fürstenmilliarden oder um die Töpfe.

T. U., wahrscheinlich aus Angst vor einer Revolution, sendet jetzt die niederschmetternde und weltbewegende Depesche in alle Welt, daß Cäcilie die Töpfe zurückschickt!!

Was ists? Die Töpfe haben wahrscheinlich einen Wert, Rohstoff und Arbeitsleistung zusammen, von 7½ Groschen. Sicher wird ein alter bebrillter weißbärtiger Hofgelehrter seinen Schmus dazu geliefert haben, sicher hat auch irgend ein Hoflieferant ein paar tausend Mark daran verdient. Wenns hoch kommt, haben die Dinger für einen vollgefressenen Pfeffersack deshalb einen Kunstwert im Betrage eines Monatsgehalts eines leitenden Gewerkschaftsbeamten, oder sagen wir, um uns kontrollierbar auszudrücken, eines Ministerpräsidenten. Und daß die Töpfe jetzt wieder in ein Museum der Hindenburg-Republik kommen, als Augenweide für Tagediebe, das ist auf die Aktivität der KPD. zurückzuführen!

Herr Kuczinski! Könnten Sie nicht einen Volksentscheid einleiten, der KPD. den Dank der Nation auszusprechen?

Michel, Michel!

Wirtschaft

Die Pleiten im Mai.

Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Mai durch den Reichsanzeiger 1046 neue Konkurse — ohne die wegen Massemangels abgelehnten Anträge auf Konkurseröffnung — und 691 angeordnete Geschäftsaufsichten bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellten sich auf 1302 bzw. 923.

Rückgang der Reparationslieferungen.

Die Anzahl der im Monat April genehmigten französischen Verträge beläuft sich auf 127 im Werte von 4,3 Millionen Reichsmark gegenüber 179 im Werte von 26,9 Millionen im Monat März.

Die im Monat April mit Belgien abgeschlossenen Verträge belaufen sich auf 150 im Werte von 8,2 Millionen gegenüber 234 im Werte von 10,2 Millionen Reichsmark im Monat März.

Die französische Presse wehrt sich gegen die Reparationslieferungen, da sie die französische Industrie lahm legen. Die Notwendigkeit der Lohnkürzungen wird mit der deutschen Reparationskonkurrenz begründet. Einst versprach dieselbe Presse dem Proletariat goldene Berge aus dem Versailler Vertrag, nach dem die „Boches“ all das Unglück des Krieges bezahlen sollten.

Die deutsche Presse wieder, die einst all das „Unglück des Vaterlandes“ auf den „Schandvertrag“ zurückführte, lamentiert jetzt über die Bosheit der Franzosen, daß sie das „Vaterland“ nicht mehr „schröpfen“ wollen. Wie kurios doch die Logik der Politikanten ist, und wie kurz das Gedächnis der Arbeiter.

Rückgang der Eisen- und Stahlproduktion in Luxemburg.

Die luxemburgische Roheisenproduktion ging im Monat April auf 196 651 t von 212 729 Tonnen im Monat März zurück. Der Durchschnitt der Tagesproduktion betrug 6555 t gegen 6860 t im März. An Stahl wurden 180 528 t gegen 195 784 t im März erzeugt, was einem Tagesdurchschnitt von 6017 t gegen 6310 t im Monat März entspricht. Der Rückgang der Produktion ist umso schwerwiegender, als in sonstigen Jahren zur Zeit der Bausaison stets ein erhöhter Absatz zu verzeichnen war.

Ford kommt nach Oesterreich.

Der Sohn Fords wird demnächst in Wien erwartet, wo er Vorkehrungen für die Errichtung oder Erwerbung einer Fabrik für die Herstellung von Fordautos treffen wird. Es soll nicht nur die Montage von Wagen, sondern auch die Herstellung von Bestandteilen in Frage kommen, soweit die Bedingungen für Oesterreich gegeben sind. D. h. das amerikanische Kapital nutzt die niedrigen europäischen Löhne aus, um die amerikanischen zu drücken.

Verlustabschluß des Königlich Holländischen Lloyds.

Gegenüber dem Vorjahre zeigen die Bruttoeinahmen für 1925 eine Abnahme von 1 077 000 Gulden auf 716 000 Gulden. Auf der anderen Seite erforderten der Zinsendienst 680 000 Gulden (1 091 000) und Abschreibungen 1 265 000 Gulden, so daß sich ein Gesamtverlust von 1 238 000 Gulden (8000) ergibt. Der Buchwert der Flotte beläuft sich auf 25 333 (26 456) Mill. Gulden, während die Gebäude mit 3 297 (3 350) Millionen Gulden bewertet sind. — Der rückläufige Schiffsverkehr ist der Ausdruck der erschlaffenden Kaufkraft in Europa.

Rückgang der japanischen Stahleinfuhr.

Die japanische Stahleinfuhr ist im vergangenen Jahr auf knapp die Hälfte der Einfuhr des Jahres 1924 zurückgegangen (535 000 gegen 1 150 000 t). Dieser Rückgang der japanischen Stahleinfuhr hat in erster Linie die Vereinigten Staaten und Frankreich betroffen, weniger dagegen Belgien und Deutschland. Die eigene Produktion hat sich bedeutend gehoben. Die japanische Eisenindustrie hat sich unlängst zu einem straffen Syndikat zusammengeschlossen und beginnt in noch stärkerem Maße den Kampf gegen die europäische und amerikanische Konkurrenz.

Die Zahl der englischen Arbeitslosen.

Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 24. Mai 1 597 700, d. h. 15 044 weniger als in der vorhergehenden Woche und 411 178 mehr als am gleichen Datum des vergangenen Jahres.

Aus der Bewegung

Aus der politischen Kinderbewahranstalt

Die Reichskonferenz der AAUE.

Pfingsten hatte die AAU.-E. einen Kongreß. Von diesem „Kongreß“ ist eigentlich — nach dem Vorbericht der „Einheitsfront“ Nr. 20 zu urteilen — nicht viel zu berichten. Es wurden „Berichte aus den Bezirken“ gegeben, und mit diesen Berichten auch gleich die anderen Fragen erledigt. „Es kann sich nicht darum handeln, — schreibt die „Einheitsfront“ —, daß irgendeine Zentrale mit fertigen Tatsachen den Delegierten gegenübersteht, und nur zum Schein deren Meinungsabgabe duldet. — Sondern die Arbeiter aus den Betrieben, die sich in Betriebsorganisationen zusammengefunden, und als solche Vertreter aus allen Gegenden des Reiches entsandt haben, übermitteln nun durch ihre einmaligen Delegierten Berichte und Forderungen, und die Delegierten übermitteln dann nur Vorschläge, über gemeinsam zu unternehmende Schritte. **Auch hierbei werden also nicht bindende Beschlüsse gefaßt,** sondern es wird nur die Möglichkeit der direkten Aussprache mit den Vertretern anderer Bezirke ausgenützt, um ein möglichst lebendiges Bild der Lage und eine objektive Klarstellung dessen, was notwendig ist, zu gewinnen. Sache der Mitglieder ist es dann, die hieraus entspringenden praktischen Vorschläge der Konferenz **entweder anzunehmen oder abzulehnen.**“

Wenn man der Meinung sein könnte, daß der Weg der AAU.-E. nach besserer Einsicht über organisatorische Festigung gehen müßte, müßte man eine derartige Phrasendrescherei bedauern. Aber dem ist leider nicht so. Aus diesem Grunde kann man diese Zerfahrenheit nur begrüßen. — Eine Organisation, die arbeitet, stellt die Fragen einer Reichskonferenz vorher zur Diskussion in der Organisation, klärt sie durch die Debatte, formuliert ihren Standpunkt zu den verschiedensten Fragen usw. Auf Grund dieser voraufgegangenen Arbeit faßt sie ihre Beschlüsse — sonst ist es keine revolutionäre Organisation, sondern ein Kegelklub. Soweit diese Beschlüsse von der Mehrzahl der Mitglieder getragen sind, sind sie **bindend!** Mitglieder, die diese Beschlüsse auf Grund ihrer grundsätzlich anderen Ueberzeugung ignorieren, bekämpfen, können und müssen ausscheiden. Eine Organisation des revolutionären Proletariats hat nur den Sinn, gemeinsam, mit gemeinsamen Mitteln, um ein gemeinsames Ziel zu kämpfen. Die AAU.-E. lehnt das ab, und setzt einen Haufen Phrasen an diese Stelle. Ihr gutes Recht natürlich.

Auf Grund dieser inneren Zerfahrenheit muß sich die AAU.-E. begnügen mit Demagogie und übelstem Opportunismus. Irgend ein Mensch — wahrscheinlich Franz — hat einen Aufruf an das revolutionäre Proletariat geschrieben, in dem es heißt:

> „Sie stellt allen ablenkenden und verwirrenden Tagesparolen der Arbeiterführer nur diese eine Parole entgegen: Vorbereitung und Organisierung. **Daher verwirft sie auch die Parole der KAP. die jetzt zur Unterstützung des englischen Generalstreiks die deutsche Arbeiterschaft gleichfalls zum Generalstreik aufruft, wodurch sie nicht bloß die Parolenschusterei der KPD. nachäfft, sondern auch sich in Einheitsfront mit den unfähigen und verräterischen englischen Gewerkschaften stellt.**“

Wir lassen unsere Leser über diese Tiefsinnigkeiten selbst entscheiden. Unsere Stellung haben wir — im Gegensatz zu diesen Geistesriesen auch anläßlich des englischen Massenstreiks, auf den sich der Psalm bezieht, — für jedermann verständlich präzisiert und begründet. Wir können uns also hier mit der Bemerkung begnügen: Neun Zeilen irgendwo hinzuschreiben, ohne die geringste Verantwortung über die Stichhaltigkeit dieses Geschreibsels zu übernehmen, — das kann jeder dumme Lausejunge. Wer unsere Stellung kennen will, dem empfehlen wir die „KAZ.“ Nr. 37. Die Mitglieder der AAU.-E. wurden jedoch gegenüber „KAZ.“ und „Kampfruf“ durch eine Resolution zu „Mißtrauen“ (!!) verpflichtet. Die „Antiautoritären“ sind also eine Gemeinde, die man zu „glauben“, zu „mißtrauen“ verpflichten kann. Damit dokumentiert die AAU.-E., daß der Ausdruck: Politische Kinderbewahranstalt“ richtig ist.

Neben diesen beiden Hauptleistungen hat noch eine große Aktion stattgefunden: Franz berichtete über das „Kartell“. Das Kartell erstreckt sich über einige (!) Organisationen. Welche, das sagt Franz nicht. In dem „Programm“ des Kartells steht viel vom „Rätesystem“, „geschlossener Front“, „marxistisch revolutionären Klassenkampf“, von „Antiparlamentarismus“ usw. Vom „**Kampf gegen die Parteien**“, von „Betriebsräten“ usw. steht natürlich nichts drin. Wir erwarten mit Spannung die Aktion dieses Kartells: wir schlagen vor: gemeinsame Versammlungen zum „Volksentscheid“. Referenten: Pfempfert und Weyer. Oder: „Die Lehren des englischen Massenstreiks.“ Oder: „Lohnkampf oder Klassenkampf.“ Aber vielleicht wählt sich das „Kartell“ selbst ein Thema. — Die Reichskonferenz nahm laut Bericht der „Einheitsfront“ diese grundsätzliche Kartellresolution „einstimmig“ an, und dokumentierte damit, daß sie im Schlepptau der Weyergewerkschaften hängt und sich längst selbst aufgegeben hat. Sie hat dokumentiert, daß ihr wesentlicher Punkt: Kampf gegen die „Partei“, eine Phrase ist und war.

Ueber die Zusammensetzung der Reichskonferenz erfährt man durch die „Einheitsfront“ wenig. Man erfährt so nebenbei, daß Bohnsdorf (b. Berlin) ausgeschlossen wurde. Von den Gruppen, die hinter dem „Proletarischen Zeitgeist“ stehen, war niemand vertreten. Ein Teil in der AAU.-E. lehnt bekanntlich Reichskonferenzen überhaupt ab, so daß man vielleicht von einer kleinen Gemeinde um Pfempfert reden kann. — Wir wünschen den Mitgliedern, die sich solches Zeug vorsetzen lassen, guten Appetit.

Der Bonzenspiegel

Splitter und Späne.

Aus dem Klassenkampf, für den Klassenkampf!

Eine Sammlung von [illegible] „Autoritäten“ in Staat, Partei und Gewerkschaft und von Dokumenten aus der sozialistischen und revolutionären Arbeiterbewegung, die in der Propaganda jedem Agitator gute Dienste leisten können.

[illegible] Seiten stark, Preis [illegible] Pfennig.

Zu beziehen durch die Buchhandlungen oder direkt durch den Verlag

„Der Syndikalist“, Berlin O 34
Warschauer Straße 62

Das Buch ist auch zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Warschauer Straße 49, sowie durch die Zeitungsobleute der „KAZ.“

Mitteilungen

Achtung! **Arbeitsausschuß.** **Achtung!**
Die Genossen müssen am Dienstag, den 8. Juni, abends **6.45 Uhr**, in der Gipsstraße (Schule) erscheinen. Vollzähliges und **pünktliches** Erscheinen ist unbedingte Notwendigkeit.

Mittwoch, den 9. Juni, abends 7.15 Uhr, erweiterte **wichtige** Funktionärsitzung. Thema: „Fragen der Reorganisation“.

7. Unterbezirk. Freitag, den 11. Juni 1926, abends 7 Uhr, im Lokal Gehrke, Galvanistraße 7, Mitgliederversammlung. Referat. Erscheinen **aller** Genossen **unbedingt** notwendig.

16. Unterbezirk (Cöpenick). Am Donnerstag, den 10. Juni 1926, abends 7.30 Uhr, findet in Grünau, Köpenicker Straße, Ecke Lahmertstraße (Lokal J. Franz), ein Diskussions-Abend statt. Thema: Volksentscheid oder Klassenkampf.
Sympathisierende sind einzuladen.

17. Unterbezirk. Freitag, den 11. Juni 1926, abends **pünktlich** 8 Uhr, bei Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 20, öffentliche Mitgliederversammlung.

Spandau. Genossen und Genossinnen, die mit dem Gedanken der KAP. und AAU. sympathisieren, treffen sich Donnerstags, abends 7.30 Uhr, bei Wagner, Lokal Wasserturm, Falkenhagener Straße. Daselbst ist auch unsere Presse zu haben.

Rathenow. Kampfruf und KAZ. sind zu beziehen durch W. Kleve, Gr. Burgstr. 46. — Daselbst Aufnahme neuer Mitglieder.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Oeffentliche Gruppenabende

Norden: Jeden Donnerstag im Lokal Eyser, Dunckerstr. 88, abends 7.30 Uhr.

Osten: Jeden Mittwoch im Jugendheim Lichtenberg, Dossestraße 22, abends 7.30 Uhr. Laufender Kursus über „Grundsätze des Kommunismus“.

Charlottenburg: Jeden Montag im Jugendheim Rosinenstraße, abends 7.30 Uhr. Am Montag, den 17. Mai, „Rußland und der Kommunismus“.

Partei- und Unionsgenossen! Helft am Aufbau unserer Jugend. Schickt Eure Kinder zu uns.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Suhl, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy [illegible], Berlin O. 17, Langestraße 79.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

7. Jahrg. Nr. 45

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Mussolini und Tschitscherin

Die „Vossische Zeitung“ vom 6. Juni bringt folgende Meldung:

Rom, 5. Juni. Während in der „Tribuna“ heute noch einmal ausdrücklich in Abrede gestellt wird, daß der Besuch **Tschitscherins** in Italien bevorstehen soll, hat der Pressechef der russischen Botschaft einem Vertreter des „Impero“ gegenüber wesentlich vorsichtigere Ausdrücke gebraucht. Er hielt einen Besuch Tschitscherins nicht nur für möglich, **sondern sogar für wahrscheinlich,** meinte aber, es würde sich nur um eine Erholungsreise während der Sommermonate handeln, **wobei gelegentliche politische Fühlungnahmen vorbehalten bleiben müßten.** Auf eine Frage erklärte der Pressechef weiter, **daß Rußlands Abneigung gegen den Völkerbund bekannt, und daß es daher natürlich sei, wenn Rußland Bestrebungen unterstütze, die auf die Bildung eines Gegenblocks, allerdings hauptsächlich der östlichen Staaten abzielen würden.** In der Unterredung wurde auch noch bestätigt, **daß zwischen der italienischen und der russischen Regierung Verhandlungen über weitgehende Einräumung von Konzessionen im russischen Petroleumgebiet schweben, die vor ihrem Abschluß stehen sollen** und deshalb von Interesse sind, weil die Bemühungen der italienischen Regierung, einen unabhängigen italienischen Petroleumkonzern zu schaffen, vorläufig hauptsächlich auf diesen russischen Konzessionen beruhen dürften.“

Die Politik Moskaus, sein „Kampf“ gegen den Faschismus und den Völkerbund wird durch diese Tatsachen aufs neue klar erhellt. Es ist ja nicht das erste Mal, daß Moskau den „Cäsaren“ Mussolini als einen durchaus geeigneten Partner umwirbt. Schon anläßlich der Konferenz von Genua, im März 1923, wurden die Fäden Moskau—Rom zusammengesponnen, und Tschitscherin feierte damals den italienischen König als den „demokratischsten König der Welt“. Zu dieser Zeit wurden in Italien alle Arbeiterorganisationen von Mussolini aufgelöst und ein geradezu grauenhaftes Schreckensregiment gegenüber dem Proletariat aufgerichtet. Der infamen Hetze gegen den Kommunismus, die dieses Kesseltreiben gegen das revolutionäre Proletariat begleitete, antwortete damals der Vertreter der russischen Regierung, **Worowsky:**

> **„Die russische Regierung wünsche eine Zerstreuung der Mißverständnisse, und eine enge wirtschaftliche Annäherung an Italien.“**

Der Berichterstatter des „Berliner Tageblattes“ fügte dieser Meldung im „Tageblatt“ vom 3. März 1923 die Bemerkung hinzu: „Diese Erklärungen sind natürlich im Augenblick der Verhaftung Serratis und anderer Redakteure des bolschewistischen „Avanti“ höchst bemerkenswert.“

Kurze Zeit darauf wurden einige Kreuzer der faschisti-
Flotte in rssischen Gewässern mit Salutschüssen emp-
fangen und die „Rote Fahne“ mußte den ungeheuren „Er-
folg“ der „Sowjetdiplomatie“ verteidigen mit dem Argu-
ment, daß die „Stärke“ Sowjetrußlands gerade darin
zum Ausdruck käme, daß der Faschismus gezwungen ist,
dem „Kommunismus“ solch offenkundige „Konzessionen“
zu machen.

Der Berliner Vertrag wurde von der „Roten Fahne“ verteidigt, indem der „Kommunist“ Tschitscherin eine Völkerbundsnote nach Genf schickte, in der er den Völkerbund „ablehnte“, weil er noch kein wahrer „Völkerbund“ sei. Diese Note fand ob ihrer Begründung den ungeteilten Beifall aller nationalistischen Parteien. Wir haben schon anläßlich dieses demagogischen Versuches, das Proletariat mit diesem „Kampf gegen den Völkerbund“ irrezuführen, den wahren, antirevolutionären, arbeiterfeindlichen Inhalt dieser Politik gebrandmarkt und auseinandergesetzt, daß diese Note das gemeinsame Produkt deutsch-russischer Kapitalsinteressen ist. Wir haben schon damals nachgewiesen, daß die Polemik, die dieser Note anhaftete, der Polemik Mussolinis gleicht wie ein Tropfen Wasser dem anderen.

Diese Tatsachen werden durch obige Meldung bestätigt. Die russische Regierung und ihr „Kampf gegen den Völkerbund“ vertragen sehr fein ein Bündnis nicht nur mit dem „demokratischen“ deutschen Kapitalismus, sondern auch mit dem Faschismus. Man kann sich eben nicht an solchen Schönheitsfehlern stören. Es war ja auch
in Deutschland möglich, gemeinsam mit den Schlageter-
leuten, mit den Hakenkreuzlern und Antisemiten in einer
Front zu kämpfen unter der Radeckschen These: „**Man kann keinen Kampf an der Front führen,** wenn man im Hinterland den Aufruhr hat.“ Die KPD. erklärte damals sich selbst als die „wahrhaft nationalste Partei“, weil die russischen Kapitalsinteressen eine aktive Unterstützung des deutschen Kapitals erforderten. Als die deutsche Regierung die Arbeitermassen massenweise in die Zuchthäuser sperrte und die KPD. sich über diesen Undank für ihre selbstlose Aufopferung aufregte, konnte sie nichts weiter tun, als eingestehen, wie erbärmlich die Arbeiter von ihr verraten wurden. Wie eine Dirne, die nach den Fußtritten ihrer Zuhälter denselben mit Zuchthaus droht, geiferte die „Rote Fahne“ vom 27. Mai 1923:

„Die Regierung weiß, daß die kommunistische Partei Deutschlands aus Rücksicht auf die Gefahr seitens des französischen Imperialismus **über vieles geschwiegen hat, was diese Regierung unmöglich machen würde** für jede internationale Verhandlung.“ — — — **„Entweder muß die Regierung die Mordhetze gegen die Kommunistische Partei verstummen, oder wir werden das Schweigen brechen.“**

Natürlich braucht die deutsche Regierung dieses Gegeifer einer Partei, die sich selbst zur Hure erniedrigt, nicht ernst zu nehmen. Ihre Politik wird von Rußland und
dessen kapitalistischen Interessen diktiert, und dies Ruß-
land befiehlt seinen Knechten, was sie auszuführen haben.
Die Regierung konnte über diese „Drohung“ lachen, weil
sie mit der größten Ruhe zusehen konnte, wenn diese
„kommunistische“ Partei vor den Arbeitern ihren Verrat
klarlegen und sich selbst unmöglich machen wollte. Die
Regierung ging darüber zur Tagesordnung über und die
KPD. sorgte dafür daß der Hamburger Aufstand zu-
sammenbrach, daß die „Arbeiterregierung“ die proleta-
rische Aktion abfing und das Proletariat dem weißen
Terror ausgeliefert wurde. — —

Warum sollte das, was man mit der „besten“ Sek-
tion durchführen konnte, mit der deutschen Partei, nicht
mit der italienischen möglich sein? Die Theorien für jede
Lage sind von der III. Internationale längst geliefert und
erprobt. Also holt man für das italienische Proletariat
die These: „Kampf gegen den Völkerbund“ hervor, mit
einem starken Schuß Nationalbolschewismus, und die Ge-
schichte ist in Ordnung.

Die Politik im Reichstage ließ die russische Regierung
bündnisfähig für das deutsche Kapital erscheinen, und
ihre Frucht ist der Vertrag mit der deutschen Kapitals-
republik. Es wird Moskau nicht schwer fallen, auch
Mussolinis Vertrauen restlos zu erwerben.

Auch nach abgeschlossenen Verträgen wird ja Rat.
Man sieht, wie schon sich die deutsche „kommunistische“
Partei mit der Kapitalsrepublik abgefunden hat, wie schön
sie mit der Noskepartei Hand in Hand geht, artig, wie ein
Kind. Der demokratische Volksentscheidrummel ist ein
vorzügliches Mittel, die deutsche Kapitalsrepublik über
ihre Schwierigkeiten hinweg zu helfen, das Proletariat
von seiner Aufgabe des Kampfes gegen
den Kapitalismus überhaupt abzulenken.
Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Ein bißchen revo-
lutionär sein sollendes Gewäsch läßt sich die deutsche
Bourgeoisie wohl gern gefallen; Klappern gehört nun ein-
mal zum Handwerk. — Die Frage ist nur, wie lange sich
das Proletariat gefallen läßt, daß auf seinem Rücken eine
Politik getrieben wird, die das Proletariat immer weiter
in den Abgrund führt, und seinem Todfeind, dem inter-
nationalen Kapitalismus, immer neue Atempausen ver-
schafft, auf Kosten Millionen verhungernder Proletarier.

Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf. Am Donnerstag, den 17. Juni, abends 7½ Uhr, findet in der Wirtschaft von Bölling, Ellerstraße, eine **öffentliche Versammlung** der Ortsgruppe der KAPD. und AAU. statt. 1. Referat: **Wer bekommt das Fürstengeld?** 2. Diskussion.

England

Das große Trara um den englischen Streik in der Presse sozialdemokratischer Reformisten der 2. und 3. Internationale ist ebenso rasch verklungen wie es plötzlich angestimmt wurde. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn „wichtigere“ Fragen sind im Ueberflusse da, mit denen man die Spalten füllen kann: Rote Front, Fürstenenteignung, große Koalition, Flaggenfrage, Völkerbund und Berliner Vertrag. Dann noch all die schönen
Dinge, die unter dem Stichwort „Arbeiterdemokratie“ die Ge-
müter oller ehrlicher Proleten verwirren helfen und der Selbst-
zufriedenheit gewerkschaftlicher Bonzenkliquen und Zellen-
keimlinge hinreichend Nahrung bieten. Die „Tagespolitik“ mit
ihren kurzsichtigen Interessenrempeleien frißt das Gefühl für
revolutionäre Notwendigkeiten fort und trübt den Blick für die
wahren Aufgaben des Klassenkampfes bei den Massen der
Arbeiter, die nie aus dem Munde ihrer verblendeten Führer
das Wort hören, das ihnen im rechten Augenblick das Bewußt-
sein von der proletarischen Schicksalsverbundenheit mit den
kämpfenden Arbeitsgenossen in einem anderen Lande gibt. Le-
diglich die schalen abgestandenen Phrasen von der „Solidarität“
werden gedankenlos widerholt, weil die Statuten der Inter-
nationalen das nun einmal vorschreiben, und Sammlungen
werden inszeniert, weil man selbst ja einmal — Gott behüte! —
in die Verlegenheit eines größeren Streikes kommen könnte,
und dann der Bestand der heiligen Gewerkschaftsbürokratie
bei leeren Kassen doch recht gefährdet wäre.

Es gibt aber noch eine viel bedeutsamere Ursache dafür,
daß der Streik der englischen Hauptgewerkschaften so rasch
von der Tagesordnung der Redaktionskonferenz von „Vor-
wärts“ und „Roter Fahne“ abgesetzt wurde. Es würde näm-
lich sich nicht vermeiden lassen, jetzt, wo die Nachrichten aus
England wieder etwas weniger den Charakter von Siegesbe-
richten der Arbeiterklasse haben können als während der Tage
des Druckerstreiks, in denen die Herren „Sonderkorresponden-
ten“ der Arbeiterklasse nicht weniger als die der bürgerlichen
Blätter ihren Lesern schönfärberische Erzählungen vom Kriegs-
schauplatz kabelten, rückschauend auf den wirklichen Inhalt
dieses Kampfes einzugehen. Und da mußte sich zeigen, daß
hier ein Ereignis von erheblicher Bedeutung für den Revolu-
tionierungsprozeß der Arbeiterklasse in England sich abspielt,
dessen Ergründung gleichzeitig grelles Licht auf die Inhalts-
losigkeit der „großen Fragen“, mit denen die Organisationen
der Arbeiter in Deutschland in Anspruch genommen sind, wer-
fen würde. Und das ist es, wovor die Herren Arbeiterführer
in den Parlamentsfraktionen, Gewerkschaften und verfassungs-
mäßigen „Räten“ so sehr viel Angst haben: daß die Proleten
aufwachen und erkennen könnten, daß es etwas wie die prole-
tarische Revolution gibt und die Klassenfront von revolutio-
närem Charakter, und daß Klassenkampf mit revolutionären
Zielen das ist, wonach eigentlich im Innern jeder Lohnsklave
mit und ohne Arbeit sich sehnt. Und diese Angst, daß durch
die einfache Darlegung der Faktoren, die erst zu der General-
streikparole und dann zum selbstverständlichen Zusammen-
bruch dieses Arbeitskampfes führten, das revolutionäre Klassen-
bewußtsein der deutschen Arbeiter erweckt werden und end-
lich wieder einmal aus dem Schlamm der reformistischen Ge-
schäftigkeit herausverlangen könnte, hatte auch schon dazu
geführt, die lange und auch sehr lehrreiche Vorgeschichte des
Streiks der Kohle-Arbeitergewerkschaft zu verschweigen, und
als er da war, alles als Werk der englischen „Führer“ hinzu-
stellen. Es liegt in dieser gegenseitigen Verherrlichung der
„Leistungen der Führer“, ihrer „Opfer für die Arbeiter“ ja
allein der Zweck der diversen Internationalen, deren Apparat
deswegen mit großen Kosten unterhalten werden muß. Und
so dient das Solidaritätswerk der Arbeiter in allen Ländern
dieser Führereitelkeit, die den Massen zum Verderben gereicht,
weil sie wesentlich auf den Weg des Verhandelns und Paktie-
rens mit Kapital und Staat verleitet, auf dem so rasch alle
revolutionäre Erkenntnis und damit aller Wille zum eindeutigen
Klassenkampf erstirbt.

Nun soll, um jedes Mißverständnis auszuschließen, hiermit
nicht behauptet werden, der sogenannte Generalstreik in Eng-
land sei eine „Aktion“ im revolutionären Sinne gewesen, und
seine Führung beruhte auf den Grundsätzen revolutionärer
Taktik. Das kann angesichts der bekannten Tatsachen, der
ganzen Struktur der **trade unions** und des parlamentari-
schen Charakters der **labour party** auch gar nicht in Be-
tracht kommen. Aber es bleibt trotz dieser revolutionäres
Handeln grundsätzlich ausschließenden Faktoren doch noch
ein Rest von echtem Klassenkampf in der Haltung der engli-

[illegible]

KPD.-Politik einst und jetzt

[illegible]

(„Kämpfer", Flugschrift der KPD., 21. 5. 1919.)

[illegible]

Politische Rundschau

Für internationalen Bergarbeiterverrat

[illegible]

Die „Erörterungen“ und „Erwägungen“ fanden — daß muß man besonders beachten — reichlich einen Monat nach dem Streik statt, der ebenfalls schon monatelang vorher feststand; nachdem die englischen Bergarbeiter von der gesamten internationalen Gewerkschaftsbewegung verraten ward. Deutlicher als hier die Absicht des Verrats spricht, können sich die Streikbrechergewerkschaften schon nicht mehr entlarven. Und jeder Arbeiter, der noch seine fünf Sinne einigermaßen beisammen hat, muß die Absichten der KPD. mit ihren Zutreiberdiensten erkennen.

Macdonald und der plumpe englische Streik

WTB. **London, 4. Juni.** Macdonald veröffentlicht in der sozialistischen Zeitschrift „Socialist Review“ eine umfassende Uebersicht über den Generalstreik. Er drückt darin seine persönliche Meinung über die Wirkungslosigkeit des Generalstreiks aus und schreibt: **Der Generalstreik ist eine Waffe, die nicht für industrielle Zwecke gebraucht werden kann;** sie ist zu plump und hat kein Endziel, das selbst im günstigsten Falle als Sieg angesehen werden kann. **Wenn ein Generalstreik bis zum Schluß durchgeführt würde, so würde er die Gewerkschaften ruinieren.“** Macdonald zieht aus dieser Tatsache die Folgerung: Restlose Aussöhnung mit dem Kapital, daß die Arbeiter nicht einmal wie einen Hund ernähren kann. Es fällt wirklich schwer, wozu die Arbeiter d a z u die Gewerkschaften brauchen. Aber seine Theorie ist die logische Schlußfolgerung der Parole: Rettet die Gewerkschaften!

Die Wahlen in Mecklenburg

Am Sonntag, den 6. Juni fanden in Mecklenburg-Schwerin die Landtagswahlen statt. Wir geben hier das Ergebnis im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen am 17. Februar 1924 wieder:

	Stimmen		Mandate	
	6. Juni	17. 2. 24	bisher	jetzt
SPD.	105 619	74 924	15	20
KPD.	17 681	44 765	9	3
Demokraten	8 102	11 738	2	2
Deutschnationale	59 746	95 176	19	12
Deutsche Volkspartei	21 973	23 962	5	4
Völkische	2 454	zus.	zus.	5
National-Sozialisten	4 372	63 511	13	—
Wirtschaftspartei	15 902	5 122	1	3
Mieterpartei	7 296	—	0	1

Bei dieser Zusammenstellung ist zu berücksichtigen, daß der letzte Landtag, kurz vor seinem Auseinandergehen, beschlossen hatte, die mitgliederzahl des Landtages in der Weise zu verkleinern, daß auf jeden Abgeordneten statt bisher 5000 in Zukunft 6000 Stimmen entfallen müssen. Jedoch soll der Mindestbestand von 50 Abgeordneten auf jeden Fall gesichert werden. Bei der schwachen Wahlbeteiligung ist nun diese Mindestziffer nicht erreicht. Es wird also eine nachträgliche Herabsetzung der Wahlquotienten in der Richtung erfolgen, daß auf die Reststimmen die fehlenden Abgeordnetenmandate verteilt werden. Die Zahl der Mandate ist daher nur geschätzt, da aus einer Anzahl Landorte die Ergebnisse noch nicht berücksichtigt sind. Das dürfte aber an dem Stärkeverhältnis der Parteien nichts ändern.

Der Verlust der Deutschnationalen ging auf die Mieterpartei und auf die Wirtschaftspartei über. Da auch diese Parteien reaktionäre sind, kann hier von einer nennenswerten Verschiebung nicht die Rede sein. Eine gewaltige Abwanderung hat aber die KPD., deren Wähler sozialdemokratisch gewählt haben. Darüber hinaus hat die Sozialdemokratische Partei noch reichlich 3000 Stimmen gewonnen, trotzdem die Wahlbeteiligung schwächer war als 1924. Die Politik der KPD. wirkt sich aus. Die Wähler zogen die Konsequenzen daraus, daß die KPD. auf jede selbständige Politik verzichtet hat und nur noch die SPD. anpeitscht. Sie haben deshalb lieber gleich die solide echte SPD. gewählt statt den Moskauer SPD.-Ersatz.

Das stört natürlich die Unverfrorenheit der „Roten Fahne“ nicht, die längst voraussetzt, daß ihre Leser aus politischen Kindern und Rekruten bestehen, die keine andere Zeitung lesen. Die Montagsfahne schreibt (ohne Zahlen zu bringen — auch am Dienstag bringt die Fahne noch keine Zahlen —) wörtlich: **„Die Kommunistische Partei befindet sich wieder im Vormarsch;** gegenüber der Reichspräsidentenwahl ist eine bedeutende Zunahme der kommunistischen Stimmen zu verzeichnen.“

Bei der Reichspräsidentwahl waren die Wähler sich sicher, daß die Stimmen, die der Zählkandidat Thählmann erhielt, verloren gingen und wählten deshalb lieber gleich den sozialdemokratisch-bürgerlichen Kandidaten. In den vorletzten Landtagswahlen hatte die KPD. der SPD. (108 506 Reichstagswahlstimmen) einen großen Schwung Stimmen abgenommen. Fast zwei Drittel haben, enttäuscht von der Drehscheibenpolitik, die KPD. wieder verlassen. Demnächst haben noch die Völkischen einen zusammenbruchartigen Stimmenverlust. Immerhin haben die Linksparteien die Mehrheit unter der Führung der SPD., die sich auf die Regierungsbildung vorbereitet. Vielleicht verlangen jetzt die Proletarier dort praktisch die Fürstenenteignung. Die Gesichter werden noch länger werden.

Der historische Beruf des Proletariats*)

I. Die Revolution als das Wesen des Marxismus.

[illegible]

*) [illegible]

[illegible]

und den gefällten Baum selbst zur Verfertigung seiner Hütte gebraucht hat, der moderne Holzfäller dagegen ein Lohnarbeiter ist, der seine Axt vom Kapitalisten bekommt, der sie als Ware gekauft hat und das Holz dem Kapitalisten abliefert, der es als Ware verkauft.

Und diese „umwälzende Praxis“ des gesellschaftlichen Lebens ist ein „Drama“, in welchem die Menschen „in Einem Verfasser und Schausteller“ sind. Dieses „Drama“ ist aber der Klassenkampf. Die Gesellschaft ist kein einfaches Aggregat[4]) von Individuen, die nebeneinander leben, sondern ein organisches Ganzes, dessen Zweck die Produktion ist. Das reelle und konkrete der Gesellschaft scheint der physiologische Mensch zu sein und die vielen Menschen scheinen die Gesellschaft zu bilden. „Die Bevölkerung aber“ — sagt Marx — „ist eine Abstraktion, wenn ich die Klassen, aus denen sie besteht, weglasse.“ Denn eine bestimmte Produktion vorausgesetzt, bestimmt diese Produktion eine gewisse Arbeitsteilung und aus dieser Arbeitsteilung entspringt die gleiche Stellung einer Gruppe von Menschen in der Produktion. Diese bilden die Klassen. Diese Klassen sind die Träger der Produktion und damit der Menschheitsgeschichte. Ihre wiederstreitenden Interessen sind diejenigen, welche die Kollisionen und Kämpfe, und mit ihnen und durch sie, die Weiterentwicklung der Menschheit bewirken. Seitdem die Gesellschaft eine Klassengesellschaft geworden ist, beruht sie auf Antagonismen[5]) der Klassen. Antagonismen, welche immer unlösbar sind innerhalb der betreffenden Klassengesellschaft, aber bisher immer ihre Lösung fanden in dem Zustandekommen einer neuen Klassengesellschaft, die die alten Gegensätze tilgte, um neue, schärfere hervorzurufen. So wurde aus der, auf Sklavenarbeit beruhenden antiken Gesellschaft die feudale, auf der Arbeit der Hörigen beruhende Klassengesellschaft, aus der wiederum die moderne, auf der Lohnarbeit des modernen Proletariats beruhende kapitalistische Klassengesellschaft hervorgegangen ist. Und Hebel und Weg dieser Entwicklung ist der Kampf der Klassen. Der Kampf nicht metaphorisch verstanden, sondern wörtlich, ein Kampf, der immer bis zum bewaffneten Aufstand sich steigert, der immer in eine Revolution mündet.

[4]) Aggregat: Anhäufung oder Zusammenwachsung. Z. B. Anhäufung von vielen Teilen zu einem Ganzen oder Zusammenballung von vielen Kleinheiten, z. B. Kristallen zu einem Körper.
[5]) Antagonismen: Gegensätze.

(Fortsetzung folgt.)

Die Rationalisierung in Rußland

IV.

Kinderelend und „der Sieg des Sozialismus“.

Es ist bezeichnend, daß die „Rote Fahne“ zu dem Artikel des „Vorwärts“ vom 26. März „Das Sorgenheer der Sowjets“ eingestehen muß, daß alles echt und der russischen Presse entnommen ist. Zur Abschwächung dieser Zustände der „im sozialistischen Aufbau begriffenen“ Sowjetunion kann sich die „Rote Fahne“ nicht verkneifen, dem das Kinderelend im Lande des kapitalistischen Niederganges, Deutschland, gegenüberzuhalten, und dann kühn zu erklären: „So gut, wie es die russischen Arbeiterkinder haben, haben es die deutschen gewiß nicht.“ Den Beweis tritt sie folgendermaßen an:

„In Deutschland gibt es viele Tausende **geschlechtskranker** (Syphilis, Tripper) **Kinder.** In der Obdachlosenstation von **Hannover** übernachteten im letzten Berichtsjahr mehrere Nächte hindurch sieben und dann neun S c h u l k i n d e r. Die Verwahrlosung, der Mißbrauch von Alkohol und der Betäubungsmittel nimmt bei den Jugendlichen stark zu. Der Prozentsatz der u n t e r e r n ä h r t e n Kinder beträgt auch jetzt noch (nicht 1923) 25 bis 30 Prozent. Wieviel Kinder besitzen auch jetzt noch kein Hemd, und wieviele keine Schuhe, wieviele kommen zur Schule ohne einen warmen Löffel im Magen?“ („R. F.“ vom 28. März 1926.)

Wie lendenlahm diese Verteidigung ist, sieht man daran, wenn demgegenüber Beispiele des erschütternden Kinderelends im „Arbeiterstaate“ hält:

„Da haben z. B. 200 K i n d e r beiderlei Geschlechts in Moskau die B o d e n r ä u m e eines sechsstöckigen Wohnhauses als Domizil gewählt. Man versucht, sie dort auszumieten, zuerst mit gütlichem Zureden, dann durch Drohungen, schließlich mit Gewalt. Es hilft nichts: sie kommen immer wieder. Man ruft die F e u e r w e h r z u H i l f e — sie sägt ein Stück von der Treppe ab, die zum Bodenraum führt, um so den Kindern den ferneren Zutritt dahin unmöglich zu machen. Die drohen aber: „Laßt ihr uns nicht in Ruhe, so stecken wir das Haus in Brand.“ Man muß sie gewähren lassen. In einer anderen Nummer der „Prawda“ wird von einem großen alten Kessel erzählt, in dem etwa 30 Kinder, Knaben und Mädchen, Unterschlupf gefunden haben.

Welchen Umfang die Delikte der Kinder erreicht haben, zeigen die Zahlen des M o s k a u e r J u g e n d g e r i c h t s, kurz Jugendkommission genannt. Von 1920 bis 1924, also während fünf Jahren, sind laut der „Prawda“ 50 000 S a c h e n J u g e n d l i c h e r im Alter bis zu 17 Jahren erledigt worden. Von diesen Jugendlichen waren nur 2 Proz. aus Moskau gebürtig. 9 Proz. davon waren Vollwaisen. **50 Prozent dieser Kinder wiesen Infektionskrankheiten auf, in erster Linie Geschlechtskrankheiten. Aber nur 1,2 Prozent von ihnen konnten in Krankenhäusern untergebracht werden.** Nicht mehr als 5,3 Prozent kamen in Kinderheime, 10,5 Prozent wurden an die Volksgerichte als pädagogisch unzulänglich abgetreten. Gegenüber 50 P r o z. aller Rechtsverletzer wurde auf Verweis und Schutzaufsicht erkannt: mit anderen Worten, **sie wurden aufs neue der Straße überliefert.**

Allein im Moskauer Gouvernement sind auf dem Lande und in den Bezirksstädten von Jugendlichen im Alter bis zu 17 Jahren im Jahre 1924 insgesamt 27 **Raubüberfälle**, 428 **Brandstiftungen** — was das für den Bauern bedeuten mag! —, 213 **Morde** und Todschlagsfälle, 327 Körperverletzungen und 244 **Sittlichkeitsverbrechen** ausgeführt worden. Am stärksten ist das Alter von 15 Jahren beteiligt, es folgt das von 14 und 13 Jahren; **das Alter von 16 Jahren, das schwierigste in Westeuropa, steht mit der Anzahl der Delikte zwischen den 11- und 12-jährigen.“** („Vorwärts“ vom 26. März.)

Dieses Kinderlend, das „Sorgenheer der Sowjets“ von einer Million, ebenso überhaupt die soziale Lage der Arbeiter, Arbeitslosen und Dorfarmen, zeigt die wahren Zustände in Rußland. Aber übt die Staatsbürokratie mit ihrem Machtapparat eine Diktatur f ü r das Proletariat aus?

R y k o w führte in seinem Referat folgendes aus:

„Bei der Erörterung der Budgetfrage stößt man auf folgende Ansicht: Unsere landwirtschaftliche Bevölkerung ist viel größer als die industrielle, deshalb müsse auch aus dem Budget mehr für die Landwirtschaft verausgabt werden. Eine solche Fragestellung ist falsch. Wir müssen alles aufbieten, um das Wachstum unserer g e s a m t e n Volkswirtschaft (!) zu sichern. Zu Beginn der neuen Wirtschaftspolitik war die Landwirtschaft der schwache Punkt und wir machten unser Möglichstes, um sie zu heben. Gegenwärtig ist die Industrie der schwache Punkt, da sie nicht nur den persönlichen, sondern auch den produktiven Bedarf der landwirtschaftlichen Bevölkerung nicht befriedigen kann. Deshalb hängt auch die weitere Entwicklung der Landwirtschaft in bedeutendem Maße von der Industrie ab.“ („Inprekorr.“ Nr. 61.)

Also hängt die Entfaltung der Produktivkräfte auch im „sozialistischen“ Rußland von der vorhandenen zahlungsfähigen Nachfrage ab. An anderer Stelle heißt es, daß die Industrie „sich auf die wachsende Landwirtschaft und auf die immer steigende Aufnahmefähigkeit des Bauernmarktes stützt und sich dessen Bedürfnissen anpaßt.“ S t a l i n sagt: „Wenn sich darum damals, in der ersten Periode der neuen Wirtschaftspolitik, die Entfaltung der Volkswirtschaft im ganzen auf die Landwirtschaft stützte, so stützt sie sich jetzt und hat sich bereits gestützt auf die unmittelbare Entfaltung der Industrie.“ („Inprekorr.“ Nr. 62.) Darum hat das ZK.-Plenum der KP. der SU. in einer Resolution beschlossen:

„c) Auf dem Gebiete der Lohnpolitik schlägt das Plenum das ZK., indem es die Richtigkeit der am Anfange des Wirtschaftsjahres getroffenen Maßnahmen des Politbüros (Februar 1926) zur Erhöhung des Arbeitslohnes im Kohlenbergbau, im Transportwesen, Verbindungswesen (Post, Telegraph, Telephon usw.) feststellt, vor, sich für den Rest des gegenwärtigen Wirtschaftsjahres von der Notwendigkeit leiten zu lassen, **die erreichte Höhe des Arbeitslohnes zu sichern.** Zugleich damit ist es notwendig, entschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität der Arbeit, **sowohl durch Rationalisierung der Produktion,** im besonderen vollständigere Ausrüstung, Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter, Verbesserung der Organisierung der Fabrik- und Werkunternehmungen, als **auch durch bessere Ausnützung des Arbeitstages, Stärkung der Arbeitsdisziplin, Kampf gegen Arbeitszeitversäumnisse** und dergleichen zu treffen.“ („Inprekorr.“ Nr. 61.)

Die Löhne, die nicht einmal die Höhe der zaristischen Barbarei erreicht haben, sind also zu hoch im Verhältnis zur Produktivität der Arbeit und müssen durch verstärkte Ausbeutung „gesichert“ werden. Die Entfaltung der g e s a m t e n Wirtschaft im Interesse der Landwirtschaft erfordert somit Beibehaltung der niedrigen Löhne bei gleichzeitiger Arbeitsintensivierung.

„Die weitere Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft auf dem Wege zum Sozialismus“ erfordert noch mehr:

„Diese Aufgabe kann jedoch nur in dem Falle erfolgreich gelöst werden, als es der Partei gelingt, einerseits im ganzen Lande **das Regime strenger Sparsamkeit und schonungslosen Kampfes gegen jede überflüssige unproduktive Ausgaben** zu verwirklichen und andererseits den Zustrom der freien Geldmittel der Bevölkerung in jede Art von Kredit und Genossenschaftsinstitutionen und die Erfassung dieser Mittel durch die Staatsanleihen zu vergrößern, **damit diese Ersparnisse zur weiteren Entwicklung der Produktivkräfte des Landes und vor allem der Industrie verwendet werden können.“** („Inprekorr.“ Nr. 61.)

Beileibe sind diese Maßnahmen zur Rationalisierung der russischen Industrie nicht mit den der deutschen Kapitalisten zu vergleichen. Rußland befindet sich in der Uebergangsperiode zum Sozialismus. Die Begriffe, die der kapitalistischen Wirtschaftsweise eigentümlich, wie: Ware, Wert, Preis, Lohn, Kapitalsakkumulation, gelten für diese Uebergangsperiode in Rußland nicht. Zwar bestehen ihre äußeren Formen noch, aber ihr kapitalistischer Inhalt ist verolten gegangen. So sagen die Bolschewiki. Wie ist es aber wirklich?

Rußland spielt durch seine rückständige ökonomische Struktur eine eigenartige Rolle. Der Zarismus als feudalistische Herrschaftsform hemmte die Entwicklung des Kapitalismus. Der Weltkrieg brach dem Zarismus endgültig das Genick. Das Bürgertum war besonders auch durch die Kriegszerrüttung zu schwach, zu herrschen gegen das Proletariat und die Bauern. Die Oktoberevolution des Proletariats und der Bauern machte der Kerenski-Episode ein Ende mit Schrecken. Diese Revolution trug von vornherein einen zwiespältigen Charakter: Das Industrieproletariat wollte Sozialismus und die Bauern Land. Die Nep war Abschluß des „Kriegskommunismus“, d. h. der Versuch, mit der außerökonomischen Gewalt die Bauern in den Kreis des sozialistischen Aufbaues zu zwingen. Die Unterstützung von außen erfolgte nicht. Sich allein überlassen, mußte das russische Proletariat bei dem ungleichen Kräfteverhältnis den Rückzug antreten: die Nep.

Jetzt hat die zweite Periode — nach Stalin — der Nep und des — Rückzuges eingesetzt, in der bolschewistischen Phraseologie: „Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft auf dem Wege zum Siege des Sozialismus“ getauft. Wie ist es mit der Herrschaft des Proletariats? Vorübergehend konnte das russische Proletariat die außerökonomische Gewalt des „Kriegskommunismus“ einsetzen. Seine revolutionäre Klassenherrschaft aufrichten. Aehnlich liegt die Situation im November 1918 in Deutschland. Da die Räte nicht die ökonomische Macht verkörperten, mußten sie wieder abtreten. Denn bei Vorhandensein eines gewissen gesellschaftlichen Gleichgewichts muß sich der politische Ueberbau einer Gesellschaft der ökonomischen Struktur und den Produktionsverhältnissen anpassen. Rückgang zur Warenwirtschaft, zum freien Handel, zu kapitalistischer Währungspolitik, Konzessionen, Lohnpolitik usw.

Trotz der Eigenart der heutigen Wirtschaftsform und ihres politischen Ueberbaues kann man von „sozialistischen Elementen“ nichts erblicken. Selbst im Verkehr der staatlichen Trusts auf dem Markte und untereinander, sowie ihre Stellung zu den Arbeitern kann man nur **kapitalistische Beziehungen sehen.** Staatskapitalismus sehen wir in Rußland sich entwickeln mit der bäuerlichen Wirtschaft.

Dann also ist, da die Arbeiterschaft nicht die Macht in Händen hat und für sie auch nicht die schmarotzende Sowjetbourgeoisie proletarisch-revolutionäre Klassenpolitik betreiben kann, überhaupt gar keine friedliche Entwicklung zum Sozialismus möglich.

Marx' Kritik der kapitalistischen Oekonomie gilt auch für das kapitalistische Rußland. Die Phrase der „sozialistischen“ Akkumulation fällt somit weg. Vielmehr versucht die russische Staatsbürokratie, um nicht in zu starke Abhängigkeit vom ausländischen Kapital zu geraten, im Inlande Kapital zu konzentrieren zur besseren Ausrüstung der staatlichen Industrie.

Die russischen Proletarier haben mit der Rationalisierung nichts gemein, als daß sie die Unkosten für die Ueberwindung der Krise tragen müssen. Das Kinderelend, die soziale Lage der Arbeiter und Dorfarmen, sowie die Riesenarbeitslosigkeit haben mit Kommunismus nichts mehr gemein, als der „Vorwärts“, für den Rußland jetzt herhalten muß, um seine reformistische Verräterpolitik in Deutschland zu rechtfertigen. Die revolutionären Arbeiter jedoch, die trotz allem für den Sieg des Kommunismus kämpfen wollen, müssen sich von der „bolschewistischen“ Ideologie freimachen und sich zum Programm der KAP. bekennen.

Schließung russischer Kollektiv-Landwirtschaftsbetriebe.

Nach einer Revision wurden 202 Kollektivlandwirtschaften des Odessaer Kreises, 61 Artels, eine Gesellschaft und eine Kommune, meist wegen „schlechter Wirtschaftsführung“, geschlossen.

Mit anderen Worten heißt das, daß man in Rußland die letzten Kommunistischen Beispiele, die die guten bürgerlichen Sitten verderben, ausrottet. Wir wissen aus der Presse, selbst aus der russisch-bolschewistischen, und von einer ganzen Reihe in Berlin lebender ehemaliger Rußlandauswanderer, daß die auf kommunistischer Grundlage betriebenen Siedlungen von der Regierung vernachlässigt und die auf kapitalistischer Grundlage betriebenen gefördert wurden. Den Kommunen verweigerte man durch die „Sowjet“behörden Kredite, Maschinen, Tiere usw., die die Bauern nach Möglichkeit erhielten. Es ist daher sehr verständlich, daß die Kollektivbetriebe „schlecht“ wirtschafteten.

Die Privatindustrie in Rußland.

Die Verteilung der Aktien der Harriman-Konzessionsgesellschaft in Tschiaturi „Georgian Manganese Co. Ltd.“ ist, wie Moskauer Blätter berichteten, folgende: 51 Prozent des Aktienkapitals ist von Amerika übernommen (der größte Teil der Aktien befindet sich im Besitz von Harriman), 22 Prozent der Aktien sind von englischen Stahlwerken angekauft und 23 Prozent befinden sich in Händen deutscher Firmen. Außerdem haben belgische Firmen einige Aktien erworben. — Die Gesellschaft, die große Montaninteressen und Werke besitzt und an deren weiteren Ausbreitung arbeitet, befindet sich demnach vollständig in den Händen des Privatkapitals.

Hinein in die Kirche

In der „Roten Fahne" vom Sonntag, den 6. Juni, im Text auf der zweiten Seite der ersten Beilage (nicht unter Versammlungsanzeigen) steht die nachfolgende Notiz mit fetter Ueberschrift von der Größe der obigen:

Wichtige Veranstaltung.

Oeffentliche Frauenversammlung der Abt. des RFMB. am Dienstag, den 8. Juni, im Lokal Bigalka, Stubenrauch- Ecke Erdmannstraße. Thema: „Proletarierfrauen und die Kirche." Referent: Dr. Rabenau, Pfarrer an der Apostel-Paulus-Kirche. Freie Diskussion.

RFMB. heißt „Roter Frauen- und Mädchen-Bund.

Die Dinge haben ihre Logik auch dort, wo sie den Menschen mangelt. Die Frauenversammlung mit dem lutherischen Pfaffen als Referent ist die naturnotwendige Folge der KPD.-Politik. Wer für Reichswehr und Schupo eintritt, wer die Proletarier in die Gewerkschaften treibt, in die Amsterdamer Sozialdemokratie, muß notwendig den Weg bis zu Ende gehen und sie auch in den letzten Damm gegen die kommunistische Flut, in die Kirche hineintreiben.

Auf die Versammlung selbst kommen wir in der nächsten Nummer noch zurück.

W i r t s c h a f t

250 000 Arbeitslose in Berlin!

Steigerung um 3000 in einer Woche.

In der mit dem 5. Juni abgelaufenen Woche waren 249 824 Personen bei den Arbeitsnachweisen des Landesarbeitsamtes Groß-Berlin eingetragen, gegen 246 872 der Vorwoche. Darunter befanden sich 163 975 (162 430) männliche und 85 849 (84 442) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 131 451 (131 585) männliche und 61 371 (60 188) weibliche, insgesamt 192 822 (191 773) Personen. Außerdem wurde noch an 29 430 (30 824) Personen Erwerbslosenhilfe gezahlt und 4182 (3909) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Die Steigerung der Arbeitslosigkeit beträgt demnach die für diese Jahreszeit exorbitante Ziffer von 2970 in einer Woche. Diese hohe Zahl drückt noch keineswegs die tatsächlichen Entlassungen aus. In Wirklichkeit wird die Ziffer viel höher sein, denn die „Fürsorge" baut ebenfalls gewaltig ab. Das beweisen die Unterstütztenziffern. Während die Zunahme der registrierten Arbeitslosen fast 3000 beträgt, stieg die Ziffer der Hauptunterstützungsempfänger nur um 1049. Die Ziffer der von der Stadt Berlin Unterstützten sank sogar um 1394! Insgesamt bezogen also 345 weniger Unterstützung als die Woche zuvor. Auf der einen Seite also ein rapides Anwachsen der Arbeitslosen, auf der andern Seite Senkung der Unterstütztenziffer! Das illustriert die demokratische Republik besser, als wir es je imstande waren.

Würger Rationalisierung wütet verheerend unter der kapitalistischen Reservearmee. Sozialdemokratie und Gewerkschaften arbeiteten für die „Dawisierung" des deutschen Kapitals und begrüßten die Rationalisierung als den Weg, der dem Proletariat Glück und Heil bringen soll. Man muß sich über die stoische Ruhe wundern mit der sich die Arbeitslosenheere ihrem Schicksal ergeben. Fragen sich die Arbeitslosen nicht wenigstens, warum wohl die Gewerkschaften und ihre beiden Lakaien SPD. und KPD. — zusammen mehr als 5 Millionen — nicht einmal einen Versuch machen, wenigstens den Abbau der Unterstützung zu verhindern? Wenn diese Organisation monatelang einen ungeheuren Kraftaufwand und hohe Summen verschwenden für den Enteignungsbluff, so müßte den Arbeitslosen doch wohl langsam dämmern, daß es diesen nicht um die Hebung der sozialen Lage der Arbeitslosen geht, sondern darum, sie von der wahren Ursache ihres Elends abzulenken.

Gesundet die Wirtschaft?

In der Lindenstraße geht die Dawessonne auf.

Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft hat zur Voraussetzung, daß die Existenzmöglichkeit des Kapitalismus ewig sei. Das ist die Ursache, weshalb sie die ökonomischen Triebkräfte, ja, die Gesetzmäßigkeit ökonomischer Entwicklung überhaupt leugnet, oder doch wenigstens nicht erkennt. Ihre Analyse der Wirtschaft, soweit man von einer solchen überhaupt sprechen kann, verwechselt demgemäß auch ständig Ursache und Wirkung.

Die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker müssen notgedrungen die Dialektik der Geschichte überhaupt leugnen oder bei ihren Betrachtungen doch wenigstens außer Acht lassen. Werfen wir einen Blick in die Vergangenheit, so drängt sich uns die Erkenntnis auf, die schon Sokrates, Platon und Aristoteles vor mehr als 2300 Jahren zu festen Lehren zu formen versuchten: „alles fließt"; die Ueberführung der übersinnlichen von aller Erfahrung abgesonderten Ideen in das Reich des Werdens und der Erfahrung; der Schluß aus den einzelnen Teilen aufs Ganze, weiter zurück auf die Ursache. Wir sahen die gegenwärtige Produktionsordnung wachsen aus dem Feudalismus, Manufaktur, Kooperative, Urkommunismus. Und erst recht steht die Entwicklung nicht still beim Kapitalismus. Erst recht wird das laufende Band der Henkerstrick für Millionen Proletarier. Und an den Erdrosselten werden die Arbeitssklaven sehen, daß die Geschichte fließt wie das Ford'sche Band; wollen sie von ihm, von ihr nicht erfaßt und erdrosselt werden, werden sie um ihres Lebens willen in das Rad der Geschichte greifen müssen, um sie in die Bahn zu lenken, die ihnen das Leben gewährleistet; sie werden die Produktion sich untertan machen und die Produkte verbrauchen, statt vor gefüllten Magazinen Hungers sterben.

Das muß vorausgeschickt werden, um die Demagogie und die Verschleierungsmethoden der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu erkennen, deren marxistisch geschulten Wirtschaftler heute mit Begriffen jonglieren und Gehirnverrenkungen anstellen, um den Proletariern ihr Los als unabänderlich zu umreißen.

Der Vorwärts (vom Sonntag, den 6. Juni) behauptet, „daß eine g e w i s s e (?!) Konsolidierung der Wirtschaft lebhafte Fortschritte macht". Grund dazu ist ihm die rückläufige Zahl der Konkurse und Geschäftsaufsichten und das Steigen der Aktienkurse.

— Alle Aktienkurse sind gestiegen.

Von den 890 Aktien, die an der Berliner Börse amtlich gehandelt werden, hatten einen

Kurs unter 50 Prozent	
Ende Januar 1926	346 Werte
Ende Mai 1926	231 Werte
Kurs von 50 bis 75 Prozent:	
Ende Januar 1926	228 Werte
Ende Mai 1926	234 Werte
Kurs von 75 bis 100 Prozent:	
Ende Januar 1926	182 Werte
Ende Mai 1926	164 Werte
Kurs von 100 bis 150 Prozent:	
Ende Januar 1926	117 Werte
Ende Mai 1926	220 Werte
Kurs über 150 Prozent:	
Ende Januar 1926	17 Werte
Ende Mai 1926	29 Werte

Die Zahl der Werte, die im Kurse auf 100 und mehr Prozent stehen, ist demnach in vier Monaten von 134 auf 249 gestiegen. Ende Januar waren es 15 Proz. aller gehandelten Werte, die über Pari standen, d. h. die mindestens zu ihrem Nennwert gehandelt wurden, jetzt sind es 28,2 Porz. Die Zahl hat sich also annähernd verdoppelt. Diese Kurssteigerungen betragen etwa eine Milliarde Goldmark!

Die Millarde ist nicht gewonnen durch Produktion, durch Absatz von Waren nach dem Auslande, ist überhaupt nicht, oder doch nur zu einem Teil der deutschen Wirtschaft zugeflossen. Die bedeutend eingeschränkte Produktion und der verminderte Handel hat große früher angespannte Kapitalien flüssig gemacht und auf den Geldmarkt geworfen. Die Besitzer dieser Kapitalien scheuen meistens davor zurück, sie in einzelne Geschäfte, in eine bestimmte Produktion zu stecken. Um sie aber überhaupt anzulegen, werden Aktien gekauft, die Kurse gehen infolge vermehrter Nachfrage in die Höhe. Daß diese Kapitalanlagen gewagt werden, dafür sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Ursache. Müßten die Kapitalisten befürchten, daß die Proletarier die Wirtschaft übernehmen, daß die Kapitalisten enteignet werden, würden sie ihr Geld nicht in Aktien stecken. Sozialdemokratie und Gewerkschaften bieten ihnen die Gewähr, daß die Proletarier nicht rebellisch werden, resp. daß sie niedergeschlagen werden, falls sie rebellieren.

Nur ein Teil der in Aktien angelegten Kapitalien kommt aus dem Ausland. Es sind die Gelder, die aus Amerika kommen und der deutschen Wirtschaft als Kapital zufließen. Eine ganze Reihe Gesellschaften in Amerika und Deutschland befassen sich mit dem Aufkauf deutscher Aktien und bringen sie in Amerika an den Mann. Der niedrige amerikanische Zinsfuß ist die Triebkraft. Auch sind Sozialdemokratie und Gewerkschaften Bürgen für das Wohlverhalten der Proletarier, für die Zinsgarantie für amerikanische Kapitalisten.

Die in Deutschland an deutsche Kapitalisten verkauften Aktien bringen überhaupt keinen Kapitalzuwachs, es sind vielmehr nur Kapitalumschichtungen, Umbuchungen von Kapitalkonten. Die aus Amerika der deutschen Wirtschaft zufließenden Kapitalien ziehen eine etwaige Kapitalrente aus der deutschen Wirtschaft nach dem Auslande. Die vielen Spesen, die auf diesem Kapital lasten, Zinsen und Zurückzahlung verteuern in Deutschland die Produktion, hemmen die Wirtschaft, zehren von der Substanz. Sie sind also nur ein vorübergehender und sehr zweifelhafter Vorteil, aber ein dauernder Nachteil. Abgesehen davon, daß das amerikanische Kapital seine Aktienrechte auch dazu verwenden kann, in Deutschland Werke stillzulegen, wenn es die Profitnotwendigkeit der amerikanischen Konkurrenz erfordert. Das Lotterie- resp. Vabanquespiel amerikanischer Winkelbankiers und kapitalistischer Hyänen war die Ursache, daß die Kurse zu steigen beginnen, und so animierten sie die Besitzer flüssiger Gelder zum Ankauf deutscher Aktien und zur Teilnahme an den Gewinnen aus der Kurssteigerung.

Der „Vorwärts" versucht den Proletariern weiß zu machen, daß „aus dem berühmten Stresemann'schen Silberstreif am Horizont schon ein goldener Sonnenaufgang geworden" ist! Das paßt so lyrisch zu der Dollarsonne, die der „Vorwärts" den Proletariern so goldig vor-flunkerte, als dem deutschen Proletariat in London der Dawesstrick gedreht wurde, an dem sich eine von Amerika unterstützte deutsche Kapitalistenschicht über die proletarischen Leichenhügel emporziehen sollte. Denn außer den Börsenjobbern macht schon wieder eine Kapitalistenschicht, die „amerikanisierte", Profite. Das die Sozialdemokratie angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit, angesichts des beginnenden Hungersterbens den Proletarieern nochmals die Dawessonne vormalen darf, ist in der Tat die Gewähr dafür, daß aus dem Proletarierelend noch eine ganze Weile Gold gemünzt werden kann, nicht nur in der Burgstraße, sondern auch in der Lindenstraße.

Emile Vandervelde

„Im Anschluß an ein begeistert aufgenommenes Referat des Genossen Vandervelde über „Sozialismus nach dem Kriege" beschlossen die sozialistischen Studentenorganisationen die Bildung einer Internationalen Sozialistischen Studentenföderation." Drahtbericht des „Vorwärts" aus Amsterdam vom 26. Mai

An dem Tage, als auf dem Hamburger Kongreß 1923 die Wiener (2½) Internationale mit der 2. Internationale verkuppelt wurde, das Reparationsproblem, dieser Prüfstein der aktuellen Politik, erörtert wurde, saß der belgische Parteiführer Emile Vandervelde auf dem Präsidentenstuhl. Der Schlußtag des damaligen Kongresses stand unter dem Eindruck seiner großen Rechtfertigungsrede, die nach wechselndem Beifall der verschiedenen Nationen ihm die Huldigung des ganzen Kongresses eintrug.

„Er ist der Chef dieser Internationale, zugleich ihr würdigster Repräsentant. Nichts an ihm erinnert den Koalitionsgenossen von drüben, daß er mit dem Vertreter einer Arbeiterpartei zu tun hat. Wie er geht und steht ist er ein Vollblutbourgeois, ein honetter Mann mit Manieren, geschniegelt und gebügelt. Elegant bewegt er sich auf dem Parkett der hohen Politik. Und die Rede quillt aus ihm hervor in glattem Fluß. Er beherrscht die ganze Klaviatur vom süßesten Säuseln bis zum grollenden Donner. Aber seine Beredsamkeit überzeugt nicht. Sie ist zu bewußte Kunst. Beim Sprechen wiegt sich der Redner auf den Schaumköpfen seiner schönen Phrasen. Er berauscht mehr sich selbst als den Hörer, der den falschen Ton empfindet und dem sich bald fader Geschmack auf die Zunge legt. Er ist nicht der Vertreter des Proletariats, nicht sein Verteidiger, sondern einfach der Advokat auf der politischen Parlamentstribüne. Politiciens nennt der französische Arbeiter solche Leute, und er verbirgt dabei nicht die Verachtung, die er für sie hat.

Vandervelde ist der Opportunist reinsten Wassers. Um das zu sein, gehörte es sich für ihn selbstverständlich zur gegebenen Zeit auch äußerst radikal zu reden. Zur gegebenen Zeit, dann nämlich, wenn die Worte nicht unmittelbare Konsequenzen nach sich ziehen. Sein Grundsatz ist: Seht mir aufs Maul und guckt mir nicht in die Karten! Bei keinem heutigen Führer der Sozialdemokratie ist so früh die Doppelzüngigkeit hervorgetreten, wie bei Vandervelde.

Wie tapfer konnte er auf dem Internationalen Kongreß in Zurüch 1893 die Reinheit der Prinzipien verteidigen. „In keinem Falle", rief er aus, „darf die politische Aktion als Vorwand für Kompromisse und Alliancen dienen, die eine Schädigung unserer Prinzipien oder unserer Selbständigkeit bedingen." „Wir verkennen nicht", so fuhr er fort, „die Gefahren der Korruption durch den Parlamentarismus, da er zu den unnatürlichsten Kompromissen, selbst zum Prinzipienverrat führt. . . Die Arbeitervertreter dürfen unter keinen Umständen außer Acht lassen, daß keine Kompromisse mit bürgerlichen Parteien eingegangen werden dürfen, durch welche auch nur ein Tüpfelchen von dem Klassenkampfcharakter verloren gehen könnte. Jedes Kompromiß hält die Vernichtung des Kapitalismus auf." (Siehe Protokoll des Int. Soz. Kongresses Zürich 1893.) Solche Erkenntnis hat Herrn Vandervelde nicht gehindert, bald darauf Kompromiß auf Kompromiß und Allianc auf Allianc mit den belgischen Liberalen zu schließen. Und was für eine Sorte waren diese Liberalen! Mit den Kulturkampfphrasen von geistiger Freiheit verbanden sie die schnödeste Profitsucht, plünderten und massakrierten sie die Arbeiterschaft nach Methoden, die in den anderen Kulturländern längst überwunden schienen, und erst in der Zeit des Bürgerkrieges blutige Auferstehung feierten. Diesen Bündnissen wurden nicht nur Prinzipien, sondern heroische Kämpfe des belgischen Proletariats aufgeopfert. Ja, das belgische Proletariat gehörte den tapfersten Sturmtruppen der alten Internationale. Aber stets, wenn es zum Kampfe ansetzte, wie 1902 und 1913, wenn Entscheidungen erzwungen werden sollten, da kam der große Vandervelde. Er wies auf die Verträge, die er mit den Liberalen geschlossen, er, der erst vom revolutionären Kampfe gesprochen, vom Kampfe bis zum äußersten, er trompetete zum Rückzug und rief den Arbeitern zu: Heilig ist die Allianz mit dem feigen Liberalismus; zurück Proleten in eure Löcher!

Wie tapfer ist Vandervelde gewesen im Kampfe gegen den Krieg, solange das nichts kostete. Auf dem Stuttgarter Kongreß 1907 war er es, der die Resolution gegen den Krieg begründete, in der es heißt: „Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen."

Damals sprach er davon, daß der Kapitalismus die Arbeiter der verschiedenen Nationen in den Sack stecken wollte, damit sie sich gegenseitig zerfleischen. Er beschwor die sozialistischen Parteien „im entscheidenden Augenblick das Maximum unserer Kräfte dem Imperialismus und dem Kriege entegenzustellen." Voll Begeisterung sprach er in Amsterdam von der russischen Sozialdemokratie, die, „als der Krieg mit Japan ausbrach, nicht bloß zum Gneralstreik, sondern zur Revolution aufrief." Am 28. Juli 1914 unterzeichnete er ein Manifest, in dem der kommende Krieg als imperialistisch charakterisiert, das Proletariat zum Widerstand aufgerufen würde. Im August aber war er bereits Minister Leopolds II. Er konnte zwar sagen, daß sein Land überfallen worden war. Aber hatte er in Stuttgart nicht damit renommiert, daß es gerade für ihn leicht sei, für den revolutionären Kampf der Arbeiter im Falle eines Krieges zu stimmen, weil Belgien Kriegsschauplatz sein würde? Er pfiff auf alles, was er früher gesagt. Das war ja alles nur gesagt worden, weil die Gefahr noch nicht auf den Nägeln brannte. Und man konnte so schöne Worte machen vom Weltfrieden und von der Revolution. Aber als es galt wahrzumachen, was er wortreicher als andere geschworen, da warf er sich seinem König zu Füßen und dem Zarismus an den Hals. —

Ja, das war eine herrliche Episode, als er dem Zarismus am Halse hing. Der Fürst Kudaschew, der russische Gesandte in Belgien, hat sie erzählt. Vandervelde wollte nämlich ein Telegramm an die russische Sozialdemokratie schicken, und wünschte, daß es auch die Zensur passiere. Also ging Kudaschew zu Vandervelde am Tage, nachdem dieser Minister geworden war. Vandervelde las das Telegramm vor, das mit den Worten begann: „Wir kämpfen gegen den Imperialismus und Militarismus". Aber Kudaschew unterbrach ihn gleich: „Ich muß Ihnen zu meinem größten Bedauern sagen, daß ein solches Telegramm nicht durchgelassen wird. Sie rufen die Untertanen des erussischen Reiches auf, gegen den Imperialismus zu kämpfen . . ." „Ja, aber doch nicht gegen den russischen", unterbrach er mich rasch, „sondern gegen den deutschen, den kriegerischen Imperialismus, der alle bedroht." — Warum sollte man also nicht sagen: gegen das preußische Junkertum?" — „Ach, ein ausgezeichneter Gedanke! Natürlich gegen das Junkertum!"

So begann Vanderveldes Ministerherrlichkeit mit einer grinsenden Heuchelei. Er ward die Seele der Kriegshetze. „Krieg bis ans Ende! Ich fühle Zorn, wenn einer mir vom Frieden spricht!" so rief er 1916, und Scheidemann, der „unschuldige" Scheidemann, hat es ihm damals sehr dick angestrichen. (Vandervelde ist dann später durch seinen Freund de Brouckère gerächt worden, der erklärte: „Der Name Scheidemann wird ewig mit Schmach bedeckt bleiben." Heute sind sie wieder alle drei einig.) Vandervelde wurde extremster, racheschnaubender Beutepolitiker. Und er setzte seinen Namen unter das Schanddokument von Versailles, des Friedensvertrages, um für alle Zeiten Zeugnis abzulegen für das Bündnis der Sozialpatrioten mit dem Imperialismus.

Vandervelde war Sieger geworden. Er ging daran, den Sieg auszunützen. Hatte er in Versailles mitgewirkt, um als Verteidiger des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, die Deutschen in eine Sklavennation zu verwandeln, so erzwang er in Genf 1920 auf der internationalen sozialistischen Konferenz von den Scheidemännern das Schuldbekenntnis, um auch die 2. Internationale den imperialistischen Siegern zu überliefern. Er „protestierte" gegen die Ruhrpolitik der belgischen Regierung, weil die Konjunktur dem Pazifismus günstig war. Aber er ließ zugleich in seiner Partei die wütendsten Nationalisten dem Poincaré Weihrauch streuen. Er verhinderte jede Aktion gegen den Ruhrkrieg. Und als er in Hamburg auf dem Vereinigungskongreß begründete, warum er den Versailler Friedensvertrag unterschrieben, da sagte er neben Lügen, die auf der Hand liegen, er habe unterschrieben, weil durch den Vertrag Deutschland — das hieß auch für den „Marxisten" Vandervelde: die deutsche Arbeiterklasse — verpflichtet wurde, zu zahlen bis an die äußersten Grenzen der Kraft. Der Kongreß hat diese Worte mit großem Beifall aufgenommen. „Er habe gezwungen, ebenso wie Hermann Müller, unterschrieben." Allerdings, er stand unter dem furchtbaren Druck des Dilemmas: Entweder unterschreiben oder — runter vom Ministersessel! Und da griff er nach dem Federkiel. Denn er hatte sich gerade so schön als Justizminister Sr. Majestät des apostolischen Königs eingearbeitet. Seine Tribunale speiten Zuchthaus- und Todesurteile gegen die vlämischen Empörer, wie nur sonst ein Standgericht Noskes.

Fürwahr, er ist der vollendete Typ aller Verräter an der Arbeiterklasse. Er ist der gerissenste Agent der Bourgeoisie, gerade weil er es versteht, jede Lumperei, jeden Verrat mit seinem süßlichen Geschwätz, wie den giftigen Kern mit einer Zuckerkruste, zu umkleiden. Pfui, Teufel!

M i t t e i l u n g e n

Magdeburg.

Am Montag, den 14. Juni 1926, vormittags 10 Uhr **öffentliche Erwerbslosen-Versammlung** im Lokal „Wilhelmspark". Thema: „Volksentscheid" — Arbeiterverrat.

Groß-Berlin

5. Unterbezirk. Freitag, den 11. Juni 1926, pünktlich 8 Uhr, öffentlicher Diskussionsabend bei Gassert, Graudenzer Straße 3. Referat: „Die Krisis in der KPD. und die Stellungnahme der Opposition." Sympathisierende sind eingeladen.

7. Unterbezirk. Freitag, den 11. Juni 1926, abends 7 Uhr, im Lokal Gehrke, Galvanistraße 7. Mitgliederversammlung Referat. Erscheinen **aller** Genossen **unbedingt** notwendig.

17. Unterbezirk. Freitag, den 11. Juni 1926, abends pünktlich 8 Uhr, bei Bartsch, Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 20. öffentliche Mitgliederversammlung.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sula, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Iszdonat, Berlin O. 17, Langestraße 79.

7. Jahrg. Nr. 46

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Reichsbanner-Notpolizei

und Schwarze Reichswehr

Im Berliner Polizeipräsidium hat, nach einer Meldung der „Roten Fahne" vom 5. Juni, am Freitag, den 21. Mai, eine Besprechung der Kommandeure der Berliner Schutzpolizei unter Anwesenheit von Grzesinski und Friedensburg stattgefunden, die sich mit der Aufstellung einer Notpolizei über ganz Berlin befaßte. Diese Notpolizei, die „in außerordentlichen Fällen" eingesetzt werden soll, soll die Stärke von etwa 40 000 Mann haben, wobei die einzelnen Abteilungen auf die verschiedenen Kasernen aufgeteilt werden, wo auch ihre Ausbildung durch die Schupooffiziere erfolgt. Insbesondere die Außenbezirke sollen diese Notpolizei-Verstärkung erhalten. Regelmäßige P r o b e m o b i l m a c h u n g e n usw. sollen dafür sorgen, daß die neue Polizei dauernd aktionsbereit ist. Die Polizei beabsichtigt, die Aufstellung dieser Formationen so zu beschleunigen, daß sie bereits bis zum Volksentscheid aktionsfähig sind, da man für die Zeit nach dem Volksentscheid schwere Kämpfe voraussieht.

Die „Rote Fahne" teilt weiter mit, aus welchen Kreisen sich die Mannschaften dieser Polizei zusammensetzen sollen. Von vornherein steht fest, daß das Reichsbanner Schwarzrotgold im großen Maßstab eingegliedert werden soll. Daneben sollen aber auch Mannschaften des Jungdeutschen Ordens für die Notpolizei bestimmt worden sein. Begründet wird die in Uebereinstimmung mit der preußischen Regierung erfolgende Aufstellung dieser, unter dem Kommando von reaktionären Schupooffizieren stehenden Polizei, offiziell mit dem drohenden Straatsstreich der Rechten. In Wirklichkeit richten sich die Maßnahmen gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft.

Die „Rote Fahne" hat sich wohl getäuscht. Sonst wäre sie doch nicht hinterher so schweigsam geworden, wo sie erst drohte, daß die KPD.-Fraktion im Landtag Rechenschaft von der preußischen Regierung über diese Rüstungen verlangen werde. Eine Woche ist vergangen, aber die KPD. kommt mit keinem Wort auf diese offenbar peinliche Angelegenheit zurück. Dafür schreit sie um so lauter über die Rüstungen der monarchistischen „Staatsstreichler" und den Brief des Retters, die nach der KPD. den Zweck verfolgen, den Fürsten die drei Milliarden in den Rachen zu werfen.

Die vorstehende Meldung zeigt die Dinge doch in einem ganz andern Lichte. Der leninistischen Politik wird damit sozusagen das Konzept versaut. Warum mußte auch die „Rote Fahne" in einem unbedachten Augenblick aus der Schule plaudern. Sie konnte doch schon 1923 so schön — schweigen —, wenn Moskau eine kleine Schlageterei nicht so ganz unangebracht war. Doch jeder klassenbewußte Arbeiter, wenn er aus Gründen der Disziplin nicht das Denken aufgegeben hat, wird also denken: 40 000 Mann allein für Berlin — da muß schon der ganze Berliner Holzhelm „eingegliedert" werden. Und dann mit dem Jungdeutschen Orden die Republik schützen, wo der gerade jetzt mit anderen Organisationen von „Moral und Ehre" gegen den Volksentscheid aufruft! Dazu die Ausbildung durch die wilhelminischen Schupooffiziere. Das ganze nennt sich: Schutz vor dem drohenden Staatsstreich der Rechten." Das riecht sehr sauer!

Dazu kommt, daß eben erst die mit großer Lungenkraft durchgeführte Republik-Rettungsaktion der Severing-Regierung elendig Wasser saufen gegangen ist. Das kommt daher: Es handelt sich hier nicht nur um phantastische Putschpläne völkischer Kindsköpfe. Die Welt am Abend brachte z. B. Mitteilungen über die „Grenzschutz-Divisionen" der Schwarzen Reichswehr, die in Verbindung mit der legalen Reichswehr über das ganze Reich verbreitet sind. Der Leiter für Brandenburg, der Stahlhelmführer Rittmeister von M o r o z o w i c z - W u b d e n, wird nach beschlagnahmten Quittungen vom Reichswehrministerium besoldet. Darüber schweigt die preußische Regierung. Am 16. Mai, mittags 1 Uhr, hielt er im Landwehrkasino am Zoo eine Führerbesprechung der Schwarzen Reichswehr ab, in der er einen engeren Zusammenschluß mit der Reichswehr forderte. Die Aktivität der rechtsradikalen Verbände richtet sich nicht gegen die Regierung und die bürgerliche Republik, sondern — so paradox es auch klingen mag — zu ihrer Unterstützung. Darum hat Stresemann der preußischen Regierung einen Rüffel gegeben.

Welchen Zweck haben diese Rüstungen zur Reichsbanner-Notpolizei und Schwarzen Reichswehr? Es geht für die Bourgeoisie nicht um die Frage: Republik oder Monarchie. Es geht um die Ueberwindung der Wirtschaftskrise. Der heutige Zustand ist unhaltbar. Der Druck auf die Arbeiterschaft muß verschärft werden. Der Kurs geht nach rechts. Der Brief des Retters, seine Verteidigung durch die Regierung der Mitte, Marx, und schließlich die Tatsache, daß Demokraten und Zentrum aus der Frage der „Staatsstreichgefahr" keine Regierungskrise machen, zeigen den Willen der Bourgeoisie, „sachliche" Arbeit zu leisten, d. h. den heutigen „ungesunden" Parlamentarismus zu überwinden. Der Volksentscheid ist wohl ein geeignetes Mittel zur Förderung demokratischer Illusionen. Aber es handelt sich heute nicht darum, das kapitalistische Privateigentum durch ein parlamentarisches Ablenkungsmanöver der Fürstenenteignung vor der drohenden proletarischen Revolution zu retten. Die demokratischen Bankiers, die heute den Volksentscheid begünstigen, fürchten durchaus keine Gefahr für ihre Kassenschränke.

Die schwarzrotgoldene Bourgeoisie ist durchaus ebenso wie die schwarzweißrote gewillt, die Krise auf dem Rücken des Proletariats zu überwinden. Das Handelskapital und die verarbeitende Industrie benutzen den Volksentscheid, um ihre besonderen Interessen gegenüber der Schwerindustrie und dem Agrarkapital zu stärken. Diese machen sich wiederum die reaktionäre, monarchistische Tradition zunutze. Aber so wie die schwarzrotgelbe Bourgeoisie kein Interesse an der entschädigungslosen Fürstenenteignung hat, so hat die schwarzweißrote ebenfalls kein Interesse daran, „den Fürsten 3 Milliarden in den Rachen zu werfen", und etwa aus Anlaß des Volksentscheid-Erfolges einen monarchistischen Staatsstreich zu vollbringen.

Ungewollt leuchtet die „Rote Fahne" mit ihrer Meldung einmal hinter die Kulissen des parlamentarischen Manöverspiels. Ungewollt deshalb, weil damit der Betrug des Volksentscheid und der Schwindel des „außerparlamentarischen Kampfes" enthüllt wird. Denn damit wird das Geschrei von der monarchistischen Reaktion und den Fürstenknechten entlarvt. Reichsbanner, das den Volksentscheid als verfassungsmäßiges Staatsbürgerrecht beschützt, und Jungdeutscher Orden, der gegen den Volksentscheid demonstriert, als gemeinsame Notpolizei! Die Schwarze Reichswehr als Schutztruppe der Republik. Das sind die Bürgerkriegs-Rüstungen der Bourgeoisie.

Vorläufig sehen die Arbeiter noch nicht die Zeichen der Zeit. Sie sind so sehr mit dem Volksentscheid und dem „außerparlamentarischen Kampf" beschäftigt. Nach der „Roten Fahne" erkennen die sozialdemokratischen Arbeiter dessen Notwendigkeit, indem SPD.-Ortsgruppen gemeinsame Kundgebungen mit der KPD. veranstalten. Ferner sollen die Gewerkschaften ihre Macht einsetzen. In Ermangelung einer revolutionären Plattform stärkt die KPD. den Einfluß der SPD. auf die Arbeiter, sie kann ihre Existenz als zweite sozialdemokratische Partei nur durch radikale Phrasen behaupten. Die SPD. und die Gewerkschaften stehen nach dem Volksentscheid, der der KPD. den Wind aus den Segeln und dem Bürgertum ihre Unentbehrlichkeit zeigen soll, vor der Alternative, „sachliche Arbeit" zu leisten. Ihre Bereitschaft für einen „leistungsfähigen" Parlamentarismus haben sie schon kundgetan. Die Fürstenabfindung wird in angemessener Form geschehen, der „Vorwärts" deutet jetzt schon darauf hin, daß alles nicht so tragisch zu nehmen ist. Die Stabilisierung der Not geht weiter.

Und die Arbeiter müssen ruhig sein. Sie dürfen sich nicht wehren gegen ihre weitere Verelendung, d. h. sie müssen sich hübsch im Rahmen des parlamentarischen und „außerparlamentarischen" Kampfes der SPD., KPD. und Gewerkschaften halten. Nehmt euch in Acht vor Wühlern und Hetzern, das sind bezahlte Subjekte der Reaktion, die wollen provozieren! Wenn die Proleten nicht freiwillig krepieren wollen, dann rettet die Reichsbanner-Notpolizei die Republik, wie es 1923 in Hamburg geschah. Will die Arbeiterschaft jedoch nicht abermals ein 1923 erleben, dann muß sie sich von dem demokratischen Verdummungsmanöver abwenden und die revolutionäre Offensive gegen die Kapitalsherrschaft und alle ihre Stützen ergreifen.

Volksentscheid u. Machtkampf

„KPD. und SPD. ziehen heut an einem Strick. Diese Einheit, Proletarier, bricht den Fürsten das Genick!" So jubelte vor drei Monaten der Sprechchor in der „Roten Fahne". Jetzt hört man diesen politischen Gassenhauer nicht mehr, denn die Grammophonplatte hat einen gehörigen Knacks bekommen. Inzwischen sind nämlich durch stürmische Aprilschauer und Mairöste so ziemlich alle Blütenträume der leninistischen Fürstenfeinde vom Schlage des 1923er Fürstenknechtes Paul Böttcher zerstört worden, — ein Verlust, den auch die „Verbreiterung der Volksentscheid-Front" durch ein Kölner Fähnlein der „Christlichsozialen Reichspartei" nicht wettmachen kann. Und demzufolge auch die Melodie: „Die Christlichsozialen für Volksentscheid" — oder „Pariert den Dolchstoß der SPD.-Sabotage", „Hindenburg-Front von Westarp bis Wels", „Die SPD. für Hindenburg und Marx". So lauten jetzt die Schlagzeilen in der „roten" Fahne. Und warum das Geheul? Weil die SPD.-Parlamentarier in der ominösen Briefangelegenheit des alten Herrn auf dem Präsidentenstuhle nicht für das Mißtrauensvotum der KPD. stimmen. Weil die Bonzen der Noske-Partei frech erklären: Freundchen von der KPD., was wollt ihr? Ihr nehmt wohl gar selbst die Stimmvieh-ködernde Agitationsphrase von der Fürstenenteignung „z u g u n s t e n" der besitzlosen Massen ernst? Werdet euch lieber beizeiten darüber klar, daß ihr im Falle der zu erwartenden „Nichtausführung eines vom Volke beschlossenen Gesetzes" mit uns f ü r d i e D e m o k r a t i e d e s M a s s e n e l e n d s kämpfen müßt, wenn ihr nicht trotz all eurer antimonarchistischen Fahnenparaden eben doch — „Fürstenknechte" sein wollt!

Es ist in der Tat ein rechter Jammer! Die KPD. will gemeinsam mit der SPD. und sonstigen wildgewordenen Spießbürgern den Fürsten „das Genick brechen" — aber der dafür in Aussicht genommene „Volksentscheid"-Strick hält die Belastungsprobe einfach nicht aus (weil er nicht aus Hanf, sondern aus Papierzetteln besteht), so daß beim großen Tauziehen am 20. Juni bestimmt die KPD. kabolz schießen wird und anstelle der Fürsten Gefahr läuft, sich politisch das Genick zu brechen.

Die KPD. kann sich wirklich drehen und wenden wie sie will, sie kommt auf alle Fälle in die Klemme, — auch mit ihrem „a u ß e r p a r l a m e n t a r i s c h e n K a m p f", zu dessen Mobilisierung sie jetzt täglich aufruft, um damit das Festfahren der „Volksentscheid"-Karre zu verhindern. Seitdem nämlich immer offenkundiger wird und prominente Vertreter der Bourgeoisie (Stresemann, Hindenburg etc.) absolut keinen Zweifel darüber lassen, daß der Staat der Kapitalistenklasse nie und nimmer bereit ist, dem auf parlamentarische Weise bekundeten „Willen des Volkes" zu gehorchen und ein Enteignungsgesetz im Interesse der Arbeiterschaft durchzuführen, weil eben letzten Endes nicht der tote Buchstabe der Weimarer Verfassung, sondern die reale politische Gewalt einer Klasse über die Verwendung der strittigen Fürstenreichtümer entscheidet, seit diesem ersten Zerreißen der „Volksentscheid"-Illusionennebel tönt es aus der leninistischen Parolenmühle („Rote Fahne" Nr. 130): „Rüstet zum Kampf, um nicht nur die Fürsten abzufinden, sondern ihre Schützer und Hüter, das ganze kapitalistische System! Rüstet und mobilisiert!"

Mit dieser in den Vordergrund gerückten Aufgabe „außerparlamentarischer Kampf", will die KPD. jetzt den Anschein erwecken, daß sie im Gegensatz zur SPD. die Angelegenheit der Fürstenenteignung nicht als parlamentarische Spiegelfechterei, sondern als eine Frage des M a c h t k a m p f e s behandelt: daß sie also nicht reformistischen Betrug, sondern revolutionäre Klassenpolitik treibt. Wie liegen nun die Dinge, unterscheidet sich die Taktik der KPD. grundsätzlich von opportunistischer Politik, hat sie wirklich etwas zu tun mit der Aufrollung des proletarischen Machtkampfes gegen die